

Eine holländische Regierungserklärung in der Friedensfrage.

Haag, 20. April.

In der Antwort auf den Kommissionsbericht der Ersten Kammer über das Budget des Ministeriums des Auswärtigen führt die holländische Regierung über die Friedensbewegung aus:

Die Regierung zaudert nicht vor der Friedensbewegung, doch trägt sie der auch durch die Kammer zum Ausdruck gebrachten Ansicht Rechnung, daß, wenn sich die Regierung in dieser Sache äußert, dies nur im gegebenen Augenblick geschehen darf. Die Idee eines Staatenbundes wird von der Regierung weiter verfolgt. Dieses Problem, insbesondere der Vorschlag einer Liga zur Erzwingung des Friedens, wird jetzt in der Kommission beraten, die seinerzeit zur Vorbereitung einer dritten Friedenskonferenz ernannt wurde.

Die westindischen Kolonien.

Ueber die westindischen Kolonien besagt die Denkschrift, daß die in den Vereinigten Staaten zur Sprache gekommenen Ideen über den Verkauf holländischer Besitzungen in Westindien der Aufmerksamkeit der holländischen Regierung nicht entgangen seien. Es dürfte aber angenommen werden, daß dieses Streben nicht über den Rahmen akademischer Betrachtungen hinausgegangen sei.

Die russische Staatsschuld.

Unter dem Kapitel „Russische Staatsschuld“ wird mitgeteilt, der holländische Minister des Auswärtigen habe den

Gesandten in Berlin ersucht, die Aufmerksamkeit der deutschen Regierung darauf zu lenken, daß sich die Ukraine gegenüber den deutschen Inhabern von Schuldbriefen über Anleihen, die zur Ausführung öffentlicher Arbeiten dienten, zur Bezahlung verpflichtet habe. Es würde daher unbillig sein, den neutralen Fondsinhabern die Auszahlung zu verweigern, zumal die betreffenden Anleihen zum Teile durch deutsche Bankhäuser in Holland untergebracht seien. Der holländische Gesandte hatte gleichzeitig den Auftrag erhalten, anzufragen, ob nicht durch die deutsche Regierung bei der Ukraine eine für die niederländischen Anleihehaber befriedigende Lösung zu finden wäre.

Der Abschnitt über die holländische Nahrungsmittelausfuhr nach Belgien besagt, daß angesichts des beforwundenswerten Zustandes in Holland die Lebensmittelausfuhr nach Belgien sehr stark eingeschränkt, wenn nicht völlig eingestellt werden müsse.